„Gemeinsinn stärken. Haltung zeigen. Für soziale Gerechtigkeit – gegen den Rechtsruck!“

An die Menschen in Sachsen-Anhalt,

wir stehen an einem Wendepunkt. Unser Land ist reich an engagierten Menschen, an Potenzial und an Möglichkeiten – doch viel zu Viele spüren davon im Alltag nichts.

Viel Arbeit für zu wenig Geld, alles wird teurer – Miete, Heizung, Lebensmittel. Kita-Gebühren steigen genauso wie die Kosten für den Schulalltag. Soziale Unsicherheit und fehlende Perspektiven belasten das Leben vieler Menschen. Gleichzeitig gewinnen rechte Kräfte an Einfluss, weil sie mit einfachen Parolen Ängste schüren – aber keine echten Lösungen anbieten.

Die CDU-geführte Landesregierung – Stillstand statt Zukunft

Seit Jahren erleben wir eine CDU-geführte Landesregierung, die den großen Fragen ausweicht und Probleme verschleppt. Ob Lehrer:innenmangel, fehlende Ärzt:innen auf dem Land, geschlossene Jugendclubs oder eine Infrastruktur, die verfällt. Anstatt Lösungen zu schaffen, betreibt die CDU eine Politik des Aussitzens. Hinter immer neuen Ankündigungen und Gipfeln steckt kein Plan für die Menschen in Sachsen-Anhalt. Diese Regierung steht für Kürzungen und Blockaden – und sie trägt mit ihrer Rhetorik dazu bei, dass rechte Parolen hoffähig werden. So verspielt sie das Vertrauen vieler Menschen in die Politik und die Demokratie.

Die CDU muss sich entscheiden. Geht sie weiter den Weg der Bundes-CDU, die lieber nach unten tritt und am Sozialstaat die Axt anlegt, statt die Reichen und Mächtigen für das Gemeinwohl heranzuziehen; die sehr weit nach rechts blinkt und AfD-Forderungen übernimmt, statt ihren menschenfeindlichen Forderungen die Stirn zu bieten oder wendet sie sich den tatsächlichen Problemen der Menschen zu.

Wir sagen: Es ist Zeit, dass sich was dreht – für die, die Verantwortung tragen, sich kümmern und hart arbeiten; für die, die für die Zukunft lernen oder in einem Alter sind, in dem sie ihre Rente genießen sollten, statt von Armut betroffen zu sein. Es ist Zeit für eine Politik des Gemeinsinns. Für eine Politik, die sich kümmert. Für eine Stimme, die Haltung zeigt – gegen die soziale Spaltung und den Rechtsruck.

Wir sind auf Kurs!

Die Linke hat sich dank unser aller Einsatz aufgerappelt und erlebt in Sachsen-Anhalt einen Wiederaufschwung. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 haben wir 10,8 Prozent bei den Zweitstimmen erzielt und fast 144.000 Wähler:innen entschieden sich dafür, Die Linke in Sachsen-Anhalt zu wählen. Seit dem letzten Jahr konnten wir fast 1.500 neue Mitglieder in der Partei in Sachsen-Anhalt begrüßen. Mit über 4.000 Mitgliedern sind wir die zweitgrößte Partei im Land. Das können und müssen wir nutzen! Wir sind viele: Das gibt Kraft und ist Ansporn.

So positiv wir auf unser eigenes Ergebnis blicken können, so täuscht es dennoch nicht über die übrigen Wahlergebnisse hinweg. Nach wie vor fühlen sich Menschen von der derzeitigen Politik nicht erreicht und ausgegrenzt und geben ihre Stimme überhaupt nicht ab. Jede:r dritte Wählende gab die Stimme für eine ausgrenzende Politik mit rechtsextremen Narrativen ab. Viele Menschen sind vor und nach der Wahl zu uns gekommen, weil sie dieser Entwicklung etwas entgegensetzen wollen. Weil sie sich nach einer Politik sehnen, die den Zusammenhalt und eine solidarische Politik in den Vordergrund stellt, die die Demokratie verteidigt und stärkt. Weil sie einen weiteren Aufstieg der Rechten verhindern wollen. Weil sie gemeinsam mit uns den Pol der Hoffnung stärken wollen.

Das Erstarken der AfD allein auf ökonomische Fehlentwicklungen zu schieben wäre falsch und dennoch geben Kürzungen im Sozialbereich, eine Vernachlässigung des ländlichen Raums, eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik und damit auch Perspektivlosigkeit, der AfD Auftrieb.

Wir treten an, um die Probleme und Sorgen der Menschen in ihrem Alltag ins Parlament zu tragen, ihnen eine Stimme zu geben und konkrete Lösungen zu suchen, statt Gruppen gegeneinander aufzuhetzen und nach unten zu treten. Gemeinsam mit vielen Genoss:innen waren wir nicht nur während des Bundestagswahlkampfes, sondern auch danach an den Haustüren. Wir haben mit den Menschen über ihre Sorgen und Nöte gesprochen und konkrete Hilfe angeboten, sei es mit dem Heizkostencheck oder dem Angebot von Sozialsprechstunden. Dabei bleiben wir nicht stehen. Wir wollen uns weiter vernetzen, bilden und organisieren. Wir wollen Perspektive und Hoffnung geben.

Was wir gemeinsam ändern wollen:

1. Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit und keine Ausgrenzung von Menschen

Nach wie vor ist Armut ein Thema im Land: Sie trifft Familien, Alleinerziehende, junge Menschen und ältere nach Jahrzehnten harter Arbeit. Selbst viele Arbeiter:innen können sich ein gutes Leben von ihrem Lohn nicht mehr leisten. Die steigenden Wohn- und Energiekosten nehmen ihnen die Luft zum Atmen – während die Landesregierung zuschaut und weiter auf Kürzungen setzt.

Wir sagen: Schluss damit. Politik darf nicht länger tatenlos zusehen, wie die soziale Spaltung wächst. Sachsen-Anhalt braucht endlich eine Regierung, die soziale Sicherheit ernst nimmt – die für bezahlbare Energie, faire Löhne, starke Daseinsvorsorge und Chancen für jedes Kind sorgt. Eine Politik, die nicht wegschaut, sondern anpackt.

Wir kämpfen dafür, dass alle ein gutes Leben haben können - nicht nur Überreiche!

Unsere Vorschläge:

- Einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro – Armut trotz Arbeit darf es nicht geben
- Armutsfeste Renten und eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene
- Erstellung eines Landesaktionsplans zur Armutsbekämpfung, um Folgen von Armut abzumildern
- Kostenfreie Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder
- Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder einführen. Für Schüler:innen, Azubis, Studierende und Senior:innen wollen wir ein sofortiges 0-Euro-Ticket.

2. Soziale Gerechtigkeit in jeder Region

Ob in der Stadt oder auf dem Land: Jede und jeder verdient ein gutes Leben. Doch vielerorts fehlt es an bezahlbaren Wohnungen, guter Mobilität und öffentlicher Infrastruktur.

Wir setzen auf Investitionen in das, was uns allen nützt – nicht in den Profit weniger.

Deshalb fordern wir:

- Mehr kommunale Wohnungen, faire Mieten, Mietendeckel, keine Zweckentfremdung von Wohnraum – damit Städte und Gemeinden lebendig und sozial bleiben.
- Wohnnebenkosten senken: Günstige Mindestkontingente an Energie
- Wohnraumförderung besonders für barrierefreie und klimagerechte Sanierung
- Den öffentlichen Nahverkehr ausbauen – flächendeckend, barrierefrei und klimafreundlich
- Schwimmbäder, Jugendclubs, Bibliotheken: erhalten und stärken und ausbauen!
- Die Reichen gerecht besteuern – damit endlich wieder alle profitieren

Starke Kommunen – starkes Gemeinwesen

Die Städte und Dörfer sind das Herzstück unseres Landes. Hier entscheidet sich, ob Busse fahren, Kitas geöffnet bleiben, Kultur- und Sportangebote bestehen und Menschen ein gutes Zuhause finden. Doch viele Kommunen sind finanziell am Limit, weil Land und Bund ihnen zu wenige Mittel geben und immer neue Aufgaben abladen. Wir sagen, wer bestellt - bezahlt.

Wir wollen eine verlässliche und aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen, damit sie handlungsfähig bleiben. Die meisten Kommunen im Land leiden unter der Auflage, alte Schulden zu begleichen und die Zinsen zu bezahlen. Sie müssen dafür Gelder für das streichen, was das Leben vor Ort so liebenswert macht. Sport, Kultur, Vereinsarbeit. Schlecht sanierte Schulen, kaputte Straßen, fehlende Rad- und Gehwege sind sichtbare Zeichen für die finanzielle Krise in vielen Kommunen. Die Linke sagt, was in der Bankenkrise ging, muss erst recht für unsere Kommunen gelten. Wir fordern eine Entschuldung der Kommunen und der kommunalen Wohnungsunternehmen und -genossenschaften. Die Städte, Dörfer und Kreise hätten endlich wieder Mittel für die Menschen vor Ort. Und die kommunalen Wohnungsunternehmen können attraktive Mieten anbieten, statt Zinsen für die Banken zu zahlen. Wer den Gemeinsinn stärken will, muss zuerst die Städte und Gemeinden stärken – mit Planungssicherheit, einem fairen Finanzausgleich zur Bewältigung der übertragenen Aufgaben und einem kommunalen Altlastenprogramm – damit eigene Spielräume und Handlungsfähigkeit nachhaltig ermöglicht werden!

3. Gesundheit darf kein Luxus sein

Gesundheit ist kein Geschäft, sondern ein Menschenrecht – unabhängig davon, wo jemand lebt oder wie viel Geld er hat. Doch in Sachsen-Anhalt wird dieses Recht immer öfter verletzt. In vielen Regionen, besonders auf dem Land, fehlen Haus- und Fachärzt:innen. Psychotherapieplätze und Facharzttermine sind rar, Wartezeiten ziehen sich über Monate. Krankenhäuser werden geschlossen oder stehen kurz davor. Das medizinische Personal arbeitet am Limit, schlecht bezahlt und oft am Rand der Erschöpfung. Während große Klinikketten Gewinne einfahren, bricht die wohnortnahe Versorgung zusammen.

Diese Zustände sind kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Politik, die Gesundheit dem Markt überlassen hat. Wettbewerb und Privatisierung haben die Versorgung nicht verbessert, sondern ausgedünnt. Was wir brauchen, ist ein grundlegender Kurswechsel: ein solidarisches, öffentliches und bedarfsgerechtes Gesundheitssystem – flächendeckend, erreichbar und verlässlich für alle.

Dafür steht Die Linke Sachsen-Anhalt: für eine Gesundheitsversorgung, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt – nicht die Profite. Für eine gute, wohnortnahe Versorgung in allen Teilen des Landes.

- Kommunale Gesundheitszentren in allen Regionen, mit Haus- und Fachärzt:innen unter einem Dach – für kurze Wege und gute Erreichbarkeit.
- Enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheitszentren und Krankenhäusern, um die Versorgungsketten im Land zu sichern.
- Das Krankenhaus vor Ort muss bleiben. Notfallversorgung, Grundversorgung und Geburtshilfe dürfen nicht dem Rotstift geopfert werden.
- Mehr Studienplätze für Medizin mit Bindung an Sachsen-Anhalt, wer hier studiert, soll auch hier arbeiten können und wollen.

- Bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung und Mitbestimmung für Beschäftigte in Krankenhäusern, Pflege und Rettungsdiensten.
- Mobile medizinische Teams, Telemedizin und digitale Terminvergabe als Ergänzung zur wohnortnahen Versorgung.
- Förderung praxisnaher Forschung zu medizinischer Versorgung und Digitalisierung.

4. Bildung für Alle – von Anfang an

Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Doch auch in Sachsen-Anhalt entscheidet weiterhin die Herkunft über die Zukunft. In den Kindertagesstätten und Schulen fehlen Tausende Pädagog:innen und multiprofessionelle Teams, um eine bessere und chancengerechte Bildung zu ermöglichen.

Die Bilanz von mehr als zwei Jahrzehnten CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt in den Schulen des Landes ist verheerend. Das Lehrkräfteangebot sinkt Jahr für Jahr auf immer neue Tiefststände. Die extrem ungleiche Verteilung des Mangels zwischen verschiedenen Schulformen und Regionen trägt massiv zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Die soziale Schere beim Bildungszugang wird nicht geschlossen, sondern öffnet sich weiter. Die seit Jahren viel zu hohe Anzahl von Schüler:innen, die die Schulen ohne Abschluss verlassen, steigt wieder an. Von Bildungsgerechtigkeit und fairen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen kann trotz des großen Einsatzes des Personals in Sachsen-Anhalts Schulen keine Rede sein.

Die negativen Folgen des selektiven gegliederten Schulsystems werden verschärft, weil der von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Übergang zu inklusiven Schulen von den Bildungsminister:innen der CDU praktisch aufgegeben wurde. Stattdessen nimmt die Überweisung von Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in separate Förderschulen wieder zu.
Aktuell schließen Kitas aufgrund sinkender Kinderzahlen, und Erzieher:innen werden entlassen.
Wir sagen klar: Das ist der falsche Weg. Statt Kapazitäten abzubauen, wollen wir in Qualität investieren – kleinere Gruppen, mehr Personal, bessere Ausstattung. Die Chance muss genutzt werden, um Bildung von Anfang an zu stärken.

Wir sorgen dafür, dass jedes Kind die gleichen Chancen bekommt.

Unsere Ziele:

- Gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zur Ausbildung und Uni
- Mehr Pädagog:innen und multiprofessionelle Teams für Schulen und Kitas – u.a. durch dauerhafte Schulsozialarbeit in jeder Einrichtung
- Verbesserung der Bedingungen für gelingende Inklusion und Sprachförderung – um den Zusammenhalt zu stärken
- Schulhorte an allen Grundschulen und Ausbau von Ganztagsschulen
- Besondere Unterstützung für Sekundar- und Gemeinschaftsschulen – damit Bildung überall gelingt
- Schulen sanieren und digital ausstatten

5. Der Abwanderung entgegentreten – Zukunft hier gestalten

Sinkende Geburtenraten, weniger Kinder in den Kitas und das spürbare Wegziehen junger Menschen – der Bevölkerungsrückgang ist wieder auf der Tagesordnung. Für uns ist klar: Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. In den 90er Jahren waren es Fachkräfte, die vor der Arbeitslosigkeit in den Westen abwanderten. In den 2010er Jahren wurden massenhaft junge, gut ausgebildete Lehrkräfte aus dem Land gedrängt, weil ihnen kein Referendariatsplatz angeboten wurde – heute fehlt es überall an Lehrer:innen. Heute droht das Gleiche mit Erzieher:innen. Besonders junge Frauen haben unser Land verlassen, weil sie hier keine Perspektive fanden – und der demografische Wandel verschärft sich dadurch noch einmal.

Hinzu kommt: Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, werden verunsichert – durch Rassismus im Alltag, Anfeindungen und Übergriffe, durch Racial Profiling und eine endlose Abschiebedebatte, statt endlich Integration zu fördern. So werden Chancen verspielt, anstatt sie zu nutzen.

Wir sagen: Sachsen-Anhalt kann es besser. Wer der Abwanderung wirklich etwas entgegensetzen will, muss das stärken, was alle brauchen: gute Bildung, sichere Arbeit, verlässliche Infrastruktur und ein gesellschaftliches Klima des Miteinanders.

Unsere Antwort heißt Investition in Qualität statt Kürzungen:

- weniger Kinder in den Kitas heißt: bessere Betreuung statt Entlassungen,
- weniger Schüler:innen heißt: mehr Raum für Kreativität und Lernerfolg statt Schulschließungen,
- weniger Studierende heißt: bessere Betreuung statt gestrichener Studiengänge.

Ein gut ausgestatteter öffentlicher Sektor ist die Grundlage für ein gutes Leben für alle. Dazu gehören auch die Kommunen, die wir endlich aufgabengerecht finanzieren wollen – damit sie alles organisieren können, was unser Land liebenswert macht: vom Dorffest bis zur Hochkultur, vom Jugendclub bis zum Sportverein, vom Nachbarschaftstreff bis zur Volkshochschule.

Wir wollen, dass junge Menschen bleiben – und dass neue kommen. Dafür braucht es gute Jobs, eine vielfältige Kulturlandschaft, bezahlbares Leben, starke Daseinsvorsorge und eine echte Willkommenskultur.

Und dort, wo der demografische Wandel bereits Realität ist, gilt: Wir können Vorreiter sein. Lösungen, die wir hier entwickeln, werden in 10 bis 15 Jahren auch in Westdeutschland gebraucht. Darin liegt eine große Chance – zum Beispiel für neue Arbeitsplätze im Gesundheitssektor oder in der Pflege. Sachsen-Anhalt kann vom Sorgenkind zum Vorbild werden – wenn wir mutig investieren, statt nur zuzusehen.

6. Kunst und Kultur - Vielfalt sichern, Freiheit verteidigen!

Noch nie waren Kunst und Kultur in Sachsen-Anhalt in ihrer Freiheit und Vielfalt so bedroht, wie es aktuell der Fall ist.

Rechtsextreme und rechtskonservative Kräfte im Land wollen künftig bestimmen, was unter Kultur zu verstehen ist, welchen Inhalten sich Kulturschaffende widmen dürfen und von wem Kultur ausgehen darf.

Ein nationalistisches und ausgrenzendes Kulturangebot steht gegen ein demokratisch-vielfältiges und inklusives Kulturangebot.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass rechtsextreme Kräfte ihre Angriffe auf eine demokratische Kulturlandschaft sehr ernst meinen. Die AfD schreckt schon jetzt nicht davor zurück, die soziokulturellen Zentren, die Theaterspielpläne oder sogar Weltkulturerbestätten frontal anzugreifen. Das zeigt, dass keine Kultureinrichtung in ihrer Existenz gesichert ist.

Hinzu kommt: Es gibt keine Sicherungsnetze für die Kulturszene – die kulturelle Vielfalt ist schnell verloren. Sie aufzubauen hingegen ist schwer.

Unsere Schwerpunkte:

- Kultur- und Kunstfreiheit verteidigen – Zensur findet mit uns nicht statt!
- Kulturelle Teilhabe für Alle – unabhängig von Herkunft, Nationalität und Geldbeutel
- Sicherung und Ausbau der kulturellen Vielfalt in allen Landesförderprogrammen
- Mindesthonorare statt prekärer Beschäftigung
- Verlässliche, unabhängige und krisensichere Kulturförderinstrumente im Land

7. Zukunft für die junge Generation sichern

Junge Menschen brauchen Perspektiven – nicht neue Pflichten. Statt echter Zukunftschancen wird ihnen immer öfter Unsicherheit zugemutet: unsichere Ausbildungswege, fehlende Arbeitsplätze im Land, steigende Kosten für Wohnen und Leben. Und statt wirklich in die Zukunft der Jugend zu investieren, planen Union und SPD lieber die Rückkehr der Wehrpflicht.

Wir sagen: Junge Menschen brauchen Freiheit, Chancen und verlässliche Unterstützung – nicht den Zwang zum Militärdienst. Wer über Sicherheit redet, muss zuerst in gute Schulen, Ausbildungsplätze, Jugendclubs, Kultur und Sport investieren.

Wer Perspektiven für die junge Generation ernst meint, muss:

- Geld in Jugendkultur investieren und Jugendbildung langfristig finanzieren
- Jugendverbände und -engagement stärken
- Jugendclubs und Vereine fördern
- Freiraum zur Selbstentfaltung geben
- Ausbildungsgarantien in der Heimat und auskömmliche Ausbildungsvergütung sichern
- Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre

Es ist ein Skandal, dass für Aufrüstung und Waffen Milliarden bereitstehen, während bei Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Jugendangeboten gekürzt oder gespart wird. Echte Sicherheit für die junge Generation entsteht nicht durch Panzer, sondern durch

gute Bildung, sozialen Zusammenhalt und eine starke Demokratie, in der ihre Stimme zählt.

8. Sachsen-Anhalts Wirtschaft neu denken

Auch Sachsen-Anhalts Wirtschaftspolitik steht an einem Wendepunkt. Das CDU-geführte Wirtschaftsministerium hat zu lange auf die Karte Intel gesetzt, anstatt auch die anderen vor allem hier ansässigen Unternehmen mit ihren Bedürfnissen in den Blick zu nehmen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie vor den Konsequenzen einer aktiven Industriepolitik sitzt, wie ein Kaninchen vor der Schlange und weder in der Lage war die Systemrelevanz im Chemiedreieck zu erkennen noch ernsthaft über das Einsteigen staatlicher Strukturen nachgedacht hat, wie beispielsweise bei der Finanzkrise und den Banken.

Nach der Ankündigung der Verzögerung von Intel hat die Landesregierung lediglich eine passive abwartende Haltung eingenommen, statt offensiv auch für Alternativen in der Region Magdeburg zu werben. Es fehlt an einer Gesamtstrategie, wie wir in Zukunft wirtschaften wollen, unter der Berücksichtigung der planetaren Grenzen. Die Gefahr durch Anhängigkeiten von der fossilen Industrie muss durch eine Diversifizierung der Wirtschaft gemildert werden. Dazu soll das Land in nachhaltige Wirtschaftszweige investieren.
Wir wollen strukturschwache Regionen durch klare strategische Förderung, öffentlich zugängliche Innovationsstrukturen und sozial eingebettete Technologiepolitik zukunftsfähig machen.

Die Landesregierung verkennt die Chancen und die Notwendigkeiten für eine gute Wirtschaftspolitik. Grundstein muss und soll eine gute Bildung sein. Zu wenig wird in die zukünftige Generation investiert, zu stark auf Migrationsabwehr anstatt einer Willkommenskultur gesetzt. Sachsen-Anhalt erlebt einen massiven Fachkräftemangel, nicht nur im hochtechnologischen Bereich, sondern auch im Dienstleistungs- und Gesundheitssektor. Doch statt Integrationsbarrieren abzubauen, Berufsanerkennungen zu beschleunigen, werden Unternehmen und potenziellen Fachkräften immer mehr Steine in den Weg gelegt. Hier muss ein Umdenken passieren.

Klimaneutrale Wirtschaftstransformation

Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der die Wirtschaft die Voraussetzungen dafür schafft, dass jeder Mensch in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur leben kann. Das verlangt ein grundsätzliches Umsteuern: Umverteilung von Vermögen und Einkommen von oben nach unten, Regelung bzw. Neuregelung von Verantwortlichkeiten sowie Umverteilung von Ressourcen zwischen den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, den Wirtschaftsbranchen und Regionen. Wir wollen das gesellschaftliche Leben und daher insbesondere das gesellschaftliche Wirtschaftsleben demokratisieren. Das ist nicht zuletzt eine Kampfansage an die Milliardäre. Wir wollen demokratisch über den Reichtum entscheiden, den wir gemeinsam erarbeitet haben.

Klimagerechtigkeit durch sozial-ökologische Transformation

Klimagerechtigkeit ist für Die Linke die Verbindung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Der menschengemachte Klimawandel gefährdet jedoch die Vision einer friedlichen und lebenswerten Zukunft für alle Menschen. Wir stellen uns dem Kampf gegen die Klimakrise in sozialer Verantwortung und streiten dabei für eine gerechte, solidarische Gesellschaft.

Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen wie der ökologischen Qualität unserer Umwelt, der Biodiversität und der Stärkung der nachhaltigen Wirtschaftskreisläufe sind dabei unverzichtbare Notwendigkeiten.

Unsere Konzepte sind konkret, lebensnah und vielfältig: Vom verlässlichen, wohnortnahen ÖPNV, damit niemand auf ein Auto angewiesen ist, über regionale Netze erneuerbarer Energie und nachhaltiges Bauen bis hin zu zukunftsfesten lokalen Wirtschaftskreisläufen.

9. Haltung zeigen – gegen rechte Hetze, für Zusammenhalt

Sachsen-Anhalt steht vor einer ernsten Bedrohung. Rechtsextreme Kräfte verbreiten gezielt Hass, schüren bewusst Ängste und bieten Scheinlösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme an. Diese Kräfte greifen nicht nur die Demokratie, unsere Grundrechte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt an – sie bedrohen auch alle, die sich ihnen entgegenstellen.

Wir stellen uns diesen antidemokratischen Tendenzen klar und unmissverständlich entgegen – überall und auf allen Ebenen. Für uns gilt ein unumstößlicher Grundsatz: **AfD-Politik hat in Sachsen-Anhalt keinen Platz** – egal ob sie von der AfD selbst kommt oder von anderen Parteien, die deren Parolen übernehmen und sich deren Narrativen anschließen. Wer die Forderungen der extremen Rechten kopiert, macht diese nur stärker und legitimiert ihre menschenfeindliche Ideologie.

Das bedeutet für unsere politische Arbeit:

- Kein Fußbreit der AfD – keine Zusammenarbeit, auf keiner Ebene
- AfD-Politik durch eine klare soziale Alternative verhindern und Politik, die tatsächlich Probleme löst statt sie zu instrumentalisieren
- Gezielte Unterstützung für zivilgesellschaftlich Engagierte, Initiativen und Opfer rechter Gewalt
- Klare Kante gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit
- Demokratie durch politische Bildung und Bürgerbeteiligung nachhaltig stärken
- Stopp staatlicher Zahlungen an verfassungsfeindliche Organisationen sowie langfristige Prüfung eines Parteiverbots der AfD.

Unsere Haltung bedeutet jedoch nicht nur „Nein" zu rechter Hetze, sondern ein entschiedenes „Ja" zu einem anderen, besseren Weg:

Wir setzen uns ein für ein Sachsen-Anhalt, in dem Vielfalt als Bereicherung geschätzt wird, Respekt im Alltag spürbar ist und Menschen füreinander einstehen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Lebensweise. Ein Land, in dem Mitmenschlichkeit stärker ist als Ausgrenzung, in dem jede Stimme zählt und jede Person eine Zukunft hat.

10. Gleiche Rechte und gleiche Chancen - für ein Leben in Freiheit und Sicherheit

Auch im Jahr 2025 erleben viele Menschen in Sachsen-Anhalt die Folgen patriarchaler Strukturen. Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung ist nach wie vor Alltag. Frauen schultern nach wie vor den größten Teil unbezahlter Sorgearbeit, sind mehr von Armut betroffen, arbeiten häufiger in Teilzeit und verdienen deswegen öfter weniger als Männer. Viele queere Menschen müssen sich täglich gegen Anfeindungen und Unsichtbarmachung behaupten.

Wir sagen klar: Euer Leben, eure Rechte und eure Selbstbestimmung gehören ins Zentrum der Politik. Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern Stärke - und sie verdient Respekt, Anerkennung und Schutz.

Besonders Alleinerziehende tragen eine enorme Last. Sie stehen häufig alleine für ihre Familien ein und kämpfen mit niedrigen Löhnen, fehlender Kinderbetreuung und komplizierter Bürokratie. Wir wissen, wie groß der Druck ist – und wir wollen, dass niemand mehr in Armut gedrängt wird, nur weil er oder sie Verantwortung für Kinder trägt.

Deshalb fordern wir:

- gleiche Rechte und gleiche Teilhabe für Frauen und queere Menschen
- Beratungs- und Schutzräume, die jederzeit erreichbar und sicher finanziert sind
- flächendeckend kostenfreie Kinderbetreuung
- ein Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten
- ausreichende finanzielle Absicherung für Alleinerziehende

Gemeinsam gegen Gewalt

Zu viele Frauen und Mädchen erleben Gewalt - zu Hause, auf der Straße, im Netz. Femizide sind die extremste und tödlichste Ausprägung davon. Der aktuelle BKA-Lagebericht 2023 sowie UN Women Deutschland zeigen die erschütternde Realität: Fast jeden Tag findet in Deutschland ein Femizid statt. Im Jahr 2023 gab es 938 versuchte Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen, davon endeten 360 tödlich.

Doch Gewalt beginnt viel früher: in Erniedrigungen, Drohungen, Schlägen oder im digitalen Raum. Wer betroffen ist, weiß wie ohnmächtig und allein man sich fühlen kann. Das darf so nicht bleiben. Deutschland kommt seiner Verpflichtung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention nicht nach: Es fehlen nach wie vor Tausende Schutzplätze in Frauenhäusern, vor allem barrierefreie. Beratungsstellen kämpfen mit unsicheren Finanzierungen und regionalen Lücken. Betroffene stoßen auf bürokratische Hürden, während Täter davonkommen.

Wir kämpfen dafür, dass Mädchen, Frauen und von Gewalt Betroffene die Unterstützung bekommen, die sie brauchen:

- Flächendeckender und barrierefreier Ausbau und sichere Finanzierung von Frauenhäusern und Schutzwohnungen, für echten Schutz - unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Einkommen oder Herkunft der Betroffenen,
- Beratungsstellen, die kostenfrei, barrierefrei und rund um die Uhr erreichbar sind,
- verpflichtende Sensibilisierung und Fortbildung von Polizei, Justiz, Behörden und medizinischem Personal im Umgang mit Betroffenen,
- Prävention von Anfang an – in Kitas, Schulen, Medien und Ausbildungsstätten,
- klare politische Anerkennung: Femizide sind keine „Beziehungsdramen“, sondern geschlechtsspezifische Gewalt,
- konsequente Bekämpfung digitaler Gewalt, inklusive klarer Meldewege, härterer Sanktionen gegen Täter:innen und besserem Schutz für Betroffene im Netz.

Unsere Vorstellung von Sicherheit heißt: Sicher fühlen können - zu Hause, auf dem Weg zur Arbeit, in der Schule, im Club und im Netz. Sicherheit entsteht nicht durch mehr Überwachung, sondern durch Aufklärung, Prävention, gesellschaftlichen Rückhalt und verlässliche Schutzangebote.

Deshalb braucht es:

- Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Schutz und Prävention organisieren
- barrierefreie und sichere Räume im Alltag

Selbstbestimmung sichern

Auch das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland noch immer eingeschränkt. Der § 218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert Abbrüche weiterhin und zwingt Betroffene in Stigmatisierung, Unsicherheit und in schwierige Versorgungslagen. Damit endet das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren an einer veralteten gesetzlichen Regelung, die dringend überwunden werden muss. Niemand soll durch strafrechtliche Regelungen oder mangelnde medizinische Versorgung daran gehindert werden, über den eigenen Körper selbst zu bestimmen.

Wir fordern:

- vollständige Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch;
- eine wohnortnahe, kostenfreie und diskriminierungsfreie Versorgung für alle Betroffenen;
- das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper;
- das Wissen um Schwangerschaftsabbrüche muss selbstverständlicher Teil der Ausbildung in der Humanmedizin sein.

Für diesen Kurs braucht es eine starke Stimme – mit Haltung, Herz und Verstand

Eva von Angern hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie zuhört, streitet und Verantwortung übernimmt. Sie steht für soziale Gerechtigkeit, für Klarheit gegen rechts und für einen solidarischen Aufbruch in unserem Land.

Deshalb empfehlen wir als Landesparteitag Eva von Angern als unsere Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2026.

Doch wir wissen: Eine starke Linke lebt nicht von einer Stimme allein. Wir werden in allen 41 Direktwahlkreisen mit authentischen Kandidat:innen antreten, die die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen und für sie kämpfen. Mit Menschen, die im Alltag verwurzelt sind, die Erfahrung und Erneuerung verbinden, die fachpolitisch stark sind und zugleich bürgernah. So machen wir deutlich: Die Linke ist überall im Land präsent – und überall ansprechbar.

Mit Eva von Angern an der Spitze und einem Team, das das Land in seiner ganzen Breite abbildet, stellen wir eine glaubwürdige, kämpferische und verbindende Kraft auf – für ein Sachsen-Anhalt, in dem niemand zurückgelassen wird.

Schlusswort: Unsere Zeit ist jetzt

Wir laden Sie und euch ein: Gehen wir diesen Weg gemeinsam. Sorgen wir dafür, dass Sachsen-Anhalt nicht weiter abgehängt wird – sondern zum Vorbild für sozialen Zusammenhalt, für gute Bildung, starke Pflege, bezahlbares Leben und eine mutige Demokratie.

Wir stellen uns klar gegen den Rechtsruck und gegen eine Politik, die Angst sät und Menschen spaltet. Doch genauso klar sagen wir: Unsere Alternative ist eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird, in der Vielfalt als Stärke gilt und in der wir einander mit Respekt begegnen.

Ein Sachsen-Anhalt, in dem alle Kinder die gleichen Chancen haben. In dem Pflegekräfte, Lehrer:innen und Erzieher:innen nicht überlastet, sondern unterstützt werden. In dem Jugendclubs, Kultur und Sport nicht Luxus sind, sondern Teil eines guten Lebens. In dem Sicherheit nicht durch Aufrüstung, sondern durch Gerechtigkeit und Zukunftschancen entsteht.

Die Linke Sachsen-Anhalt steht bereit. Für Gemeinsinn. Für Haltung. Für Gerechtigkeit. Für ein Land, das zusammenhält und allen eine sichere Zukunft bietet.

Niemals allein! Immer gemeinsam!

Beschluss der 1. Tagung des 10. Landesparteitages der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt am 15. November 2025 in Leuna.
Der Leitantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.